



SPD-Fraktion im Rat
der Stadt Wuppertal



CDU-Fraktion im Rat
der Stadt Wuppertal



FDP-Fraktion im Rat der
Stadt Wuppertal



Ratsgruppe Freie Wähler im
Rat der Stadt Wuppertal

An den
Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal
Herrn Prof. Dr. U. Schneidewind
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal

Datum 13.02.2025

Gemeinsamer Antrag

Drucks. Nr. VO/0180/25
öffentlich

Zur Sitzung am	Gremium
13.02.2025	Hauptausschuss
17.02.2025	Rat der Stadt Wuppertal

Ersetzungsantrag zu TOP 5.1, VO/0200/24, „Einführung einer Bezahlkarte für Flüchtlinge,, Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, FDP und Freie Wähler

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schneidewind,

die Fraktionen von SPD, CDU, FDP und Freie Wähler beantragen, der Rat der Stadt Wuppertal möge, anstelle des o. g. Antrags (VO/0200/24), wie folgt beschließen:

Die Stadt Wuppertal führt eine Bezahlkarte für Flüchtlinge ein.

Nach Vorliegen der Ausführungsbestimmungen des Landes wird eine entsprechende Verwaltungsvorlage in die politische Abstimmung gebracht.

Die Verwaltung wird mit einer schnellen und effektiven Umsetzung beauftragt.

Die Verwaltung wird zudem aufgefordert, den Aufwand und die Kosten für die Einführung der Bezahlkarte zu ermitteln und darzulegen.

Begründung

Bund und Länder hatten sich auf eine weitgehende Umstellung von Bargeldauszahlungen auf eine Bezahlkarte für geflüchtete Menschen geeinigt. So soll unter anderem sichergestellt werden, dass die Leistungen für Asylbewerber ausschließlich für den hiesigen Lebensunterhalt verausgabt werden. Dies würde Möglichkeiten für Asylbewerber einschränken, Geld zurück in ihre Heimatländer zu überweisen, was teils als Anreiz zur Flucht nach Deutschland gesehen wird.

Das Land NRW hat sich gegen eine einheitliche Einführung der Bezahlkarte im Land entschieden und überlässt es den Kommunen, ob sie diese einführen wollen oder nicht. Mit dem vorliegenden Antrag sprechen sich die oben genannten Fraktionen grundsätzlich für die Einführung der Bezahlkarte in Wuppertal aus.

Neben der Möglichkeit der flächendeckenden Einführung der Bezahlkarte in Wuppertal ist auch noch die sog. Teil-Opt-Out – Möglichkeit im Gespräch. Hiernach würden Flüchtlinge im Analogleistungsempfang oder in privaten Wohnungen untergebrachte oder beide Personengruppen aus dem Bezahlkartensystem ausgeklammert.

Sobald die Ausführungsbestimmungen des Landes NRW vorliegen, soll die Verwaltung zur genauen Ausgestaltung der Einführung entsprechende Vorschläge machen, inklusive der Darlegung von Aufwand und Kosten für die möglichen Szenarien, und in die politische Abstimmung bringen.

Mit freundlichen Grüßen
gez.

Lukas Twardowski

Christiane Sippel

René Schunck und
Karin van der Most

Ralf Wegener

integrationspolitische
r Sprecher der
SPD-Ratsfraktion

integrationspolitische
e Sprecherin der
CDU-Fraktion

Vorsitzende der
FDP-Ratsfraktion

Vorsitzender der
Fraktion
Freie Wähler